

## Sparen statt stärken – Koalition steht bei den Apotheken kurz vorm Wortbruch

**Berlin, 28. April 2026** – Der heute bekannt gewordene Regierungsentwurf eines Beitragsstabilisierungsgesetzes für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist ein Affront für alle Apotheken. Mit der geplanten Erhöhung des Apothekenabschlags von 1,77 auf 2,07 Euro pro rezeptpflichtigem Medikament konterkariert die Bundesregierung die im eigenen Koalitionsvertrag festgeschriebene Stärkung der Apotheken. „Die Koalition von Union und SPD steht kurz vor einem Wortbruch gegenüber den Apotheken und ihren Teams“, sagt Thomas Preis, Präsident der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände: „Die Erhöhung des Apothekenabschlags ist inakzeptabel, weil die Apotheken dadurch weiter geschwächt werden. Außerdem hat die Koalition immer noch keine konkrete Maßnahme zur mehrfach angekündigten Erhöhung des Festzuschlags der Apotheken auf 9,50 Euro vorgelegt.“

Preis erklärt: „Seit 2013 haben wir jede fünfte Apotheke in Deutschland verloren – und das Apothekensterben geht weiter: Knapp 20 Prozent aller Apotheken erwirtschaftet weniger als 50.000 Euro Betriebsergebnis pro Jahr. 7 Prozent der Apothekenbetriebe befinden sich sogar in der Verlustzone. Für immer mehr Apotheken ist ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb nicht mehr darstellbar, wenn die Bundesregierung jetzt sogar noch neue Kürzungen beschließt. Weitere Belastungen für die Apotheken sind nach 13 Jahren politisch verursachtem Honorarstillstand nicht mehr möglich! Der Koalition muss klar sein: Mit jeder Schließung einer Apotheke dünnt die Gesundheits- und Arzneimittelversorgung der Menschen weiter aus.“

Mit Blick auf die bekannt gewordenen Streitigkeiten innerhalb der Regierungskoalition fordert der ABDA-Präsident: „Die Versorgung der Menschen darf nicht zum Spielball von Koalitionsstreitereien werden. Alle drei Koalitionspartner haben den Koalitionsvertrag unterschrieben – und müssen ihn jetzt auch umsetzen. Union und SPD sollten keinen weiteren Glaubwürdigkeitsverlust riskieren.“ Preis mahnt in Richtung Bundestag: „Wir fordern die Abgeordneten dringend auf, das Spargesetz zu korrigieren und auf die Umsetzung des Koalitionsvertrages zu pochen. Stoppen Sie die geplante Erhöhung des Apothekenabschlags und stabilisieren Sie die Arzneimittel- und Gesundheitsversorgung durch die Apotheken vor Ort!“

Mehr Informationen unter [www.abda.de](http://www.abda.de)

Ansprechpartner:

Benjamin Rohrer, Pressesprecher, 030 40004-132, [presse@abda.de](mailto:presse@abda.de)  
Christian Splett, Stv. Pressesprecher, 030 40004-137, [c.splett@abda.de](mailto:c.splett@abda.de)

ABDA – Bundesvereinigung  
Deutscher Apothekerverbände e.V.

Heidestr. 7  
10557 Berlin

Telefon 030 40004-132  
E-Mail [presse@abda.de](mailto:presse@abda.de)  
Web [www.abda.de](http://www.abda.de)